

SPERRFRIST bis 07.01.2025 | 13.10 Uhr



Pressemitteilung

Nr. 01 | 2025

VU-Jahresausblick zur wirtschaftlichen Entwicklung 2025 in Mecklenburg-Vorpommern

Die Arbeitgeber in MV: Die Lage ist schlecht – die Erwartungshaltung an die Regierenden in Schwerin und Berlin ist hoch!

Schwerin | 07. Januar 2025

Die Ergebnisse der aktuellen Verbändeumfrage der VU liefern ein gemischtes Bild für das Wirtschaftsjahr 2025: Während die Stimmung in den Unternehmen weiterhin von Unsicherheiten und Herausforderungen geprägt ist, bieten sich zugleich Ansätze für langfristig gedämpft optimistische Perspektiven. Sofern die Regierenden in Schwerin und Berlin im Jahr 2025 ihre Hausaufgaben machen.

Wirtschaftliche Stimmung bleibt angespannt

Die Mehrheit der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern rechnet mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation bzw. mit einer weiter währenden Stagnation im Jahr 2025. Branchen wie die der Baustoffwirtschaft, des Tourismus und des Einzelhandels stehen besonders unter Druck. Ursachen sind anhaltend hohe Energie- und Materialkosten, investitions hemmende Rahmenbedingungen und zunehmende Bürokratie.

Gleichzeitig zeichnet sich eine gewisse Stabilität bei den Beschäftigtenzahlen ab, die von den meisten Unternehmen angestrebt wird. Doch die wachsende Zahl der Unternehmen, die Entlassungen planen, lässt aufhorchen. Produktionsverlagerungen ins Ausland und der anhaltende Fach- und Arbeitskräftemangel stellen weiterhin Risiken dar, nicht zuletzt für die in MV besonders ausgeprägte Zuliefererindustrie.

Chancen in der Krise: Energiewende und Digitalisierung

Trotz widriger Rahmenbedingungen identifiziert die Umfrage auch Potenziale. Die Energiewende wird als Wachstumsmotor gesehen, insbesondere für Unternehmen, die im Bereich erneuerbarer Energien tätig sind. Darüber hinaus setzen viele Unternehmen auf Digitalisierung, um Effizienzsteigerungen zu erreichen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Investitionen in die Weiterbildung von Mitarbeitenden sowie flexible Beschäftigungsmodelle gewinnen ebenfalls an Bedeutung. Zudem könnten regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, um die Resilienz gegenüber globalen Krisen zu erhöhen.

Forderungen an die Landespolitik: Bürokratieabbau und Energiepreise im Fokus

Die Umfrage unterstreicht die dringende Notwendigkeit politischer Unterstützung. Im Zentrum stehen Maßnahmen wie:

1. **Investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen:** Kleinere Unternehmen müssen von zusätzlichen Belastungen, wie steigenden Gewerbesteuern, entlastet werden, um Standortabwanderungen zu vermeiden. Die konsequente Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Industriekonzeptes MV 2030 sind ebenso erforderlich wie auch die regelmäßige Evaluation der umgesetzten Maßnahmen.

Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und des Standortmarketings muss stärker als bisher als Aufgabe der gesamten Landesregierung verstanden werden. Ressortdenken einzelner Ministerien darf die Entwicklung von wertschöpfenden Wachstumspotenzialen nicht behindern.

2. **Senkung der Energiepreise:** Die Energiepreise sind nach wie vor zu hoch und müssen sinken. Weniger staatliche Abgaben, reformierte Netzgebühren und der Einsatz günstigerer Energiequellen sind die Grundforderungen der Arbeitgeber in MV. Eine sichere, bezahlbare Energieversorgung ist durch Diversifizierung und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie flexibler Speicher sicherzustellen.
3. **Abbau bürokratischer Hürden:** Ein regelmäßiger Austausch mit den Unternehmen und ergebnisorientierte Maßnahmen sind erforderlich, um den administrativen Aufwand zu reduzieren. Anhand von konkreten Beispielen der Praxis sind Potenziale des Abbaus, der Erleichterung und der Vermeidung von behördlich geforderter Bürokratie zu identifizieren. Vor allem die Flut an Berichts- und Belegpflichten gegenüber Behörden, Kreditinstituten und weiteren Dritten sind den Unternehmen ein Dorn im Auge.

Lars Schwarz, Arbeitgeberpräsident der VU:

Nach wie vor herrscht Pessimismus. Zu unsicher sind die Aussichten auf eine dringend notwendige politische Stabilität und einer Neujustierung der Wirtschaftspolitik.

Dies gilt vor allem für die Politik in Berlin. Die künftige Bundesregierung wird gefordert sein, die Scherben der völlig verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der vorzeitig gescheiterten Ampel-Koalition aufzukehren. Die künftige Regierung muss das ramponierte Vertrauensverhältnis zwischen Wirtschaft und Regierung durch einen berechenbaren, vertrauensbildenden und auf Partnerschaft basierenden Politikstil zügig kitten. Viel Zeit bleibt der neuen Bundesregierung nicht im Jahr 2025. Das Hauptaugenmerk muss auf der Aufstellung und die Beschlussfassung des Haushaltes 2025 liegen. Einen lang andauernden Stillstand können wir uns nicht leisten.

Ähnliches gilt auch für uns in Mecklenburg-Vorpommern. Wirtschaftsminister Dr. Blank bleiben keine 100 Tage Schonfrist. Die Wirtschaft im Land erhofft sich von Minister Blank einen neuen Umgang miteinander, einen Dialog auf Augenhöhe zwischen dem ersten Mann an der Spitze des Wirtschaftsministeriums und denen, die gemeinsam mit ihren Beschäftigten das Land am Laufen halten, den Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir brauchen mehr Dampf bei der Umsetzung der Arbeits- und Fachkräftestrategie des Landes. Und eine nachhaltige Strategie zur Bürokratievermeidung, -abbau und -erleichterung muss zur Chefsache werden. Wirtschafts- und Finanzminister müssen die gemeinsame Triebfeder in der Landesregierung werden. Nicht zuletzt muss den Betroffenen Unternehmen zeitnah eine praktikable Lösung zur Abrechnung der Corona Soforthilfen kommuniziert werden. Kein Betrieb darf unverschuldet in Notlage geraten.

Ein Wechsel, ob in Schwerin oder in Berlin, bietet die Chance für einen Neuanfang bzw. eine Nachjustierung der wirtschaftspolitischen Agenda. Lassen Land und Bund diesen Moment tatenlos verstreichen, wird sich das pessimistische Stimmungsbild in den Unternehmen verfestigen, mit all seinen negativen Folgen auf Wachstum und Beschäftigung.

Jens Matschenz, Geschäftsführer für Wirtschaft, Arbeit und Berufsbildung:

Auch die Betriebe in MV sind auf überregionale bzw. internationale Lieferbeziehungen und Kunden angewiesen. Daher muss die Resilienz der Unternehmen neben all den anderen Herausforderungen im Fokus stehen und gestärkt werden. Dafür braucht es gezielte Maßnahmen, die den Unternehmen helfen, das Arbeits- und Fachkräfteproblem in den Griff zu bekommen, überdurchschnittlich innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln und neue Geschäftsfelder aufzubauen – mit einem Wort, die notwendigen Transformationsprozesse in allen Branchen erfolgreich zu gestalten. Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung trägt diesem bereits Rechnung. Die Konzipierung einer neuen Ansiedlungsstrategie und einer Industriemarketingkampagne sind wichtige Schritte. Sie fußen auf dem gemeinsam im Zukunftsbündnis beschlossenen Industriekonzept MV 2030 Die stringente Weiterentwicklung dieses Konzeptes muss daher auch im neuen Jahr ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda der Landesregierung stehen.

Anhang:

- Jahresausblick 2025 – Ergebnisse der VU-Verbändenumfrage

Die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (kurz: **VU**) ist der Dachverband von derzeit 60 Arbeitgeber-, Wirtschafts-, Fach- und Regionalverbänden. Mit ihren über 7.800 Mitgliedern und gut 340.000 Beschäftigten vertritt die VU die Interessen der **ARBEITERGEBER MECKLENBURG-VORPOMMERN** gegenüber der Politik in Land und Bund, den Verwaltungen sowie den Medien und der Öffentlichkeit.

Kontakt für Nachfragen:

Sven Müller

Stellv. Hauptgeschäftsführer | Pressesprecher

Tel. +49 170 9220349

E-Mail: mueller@vumv.de

www.vumv.de